

Wahrnehmungen von Antisemitismus und jüdischem Leben bei der Polizei: Ergebnisse einer Befragung von Polizist:innen in Nordrhein-Westfalen

Baier, Jakob; Grimm, Marc; Jahn, Sarah Jadwiga; Frommer, Jana-Andrea

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Baier, J., Grimm, M., Jahn, S. J., & Frommer, J.-A. (2025). Wahrnehmungen von Antisemitismus und jüdischem Leben bei der Polizei: Ergebnisse einer Befragung von Polizist:innen in Nordrhein-Westfalen. *Radix - Zeitschrift für Radikalisierungsforschung und Prävention*, 1(1), 63-82. <https://doi.org/10.3224/radix.v1i1.04>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Wahrnehmungen von Antisemitismus und jüdischem Leben bei der Polizei

Ergebnisse einer Befragung von Polizist:innen in Nordrhein-Westfalen

Jakob Baier, Marc Grimm, Sarah Jadwiga Jahn & Jana-Andrea Frommer

Abstract: Die Studie untersucht die Wahrnehmungen und Wissensbestände von Polizeibediensteten zu jüdischem Leben und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen. Mittels 38 leitfadengestützter Interviews mit 39 Polizeikräften aus zehn Kreispolizeibehörden wurden deren Perspektiven, Erfahrungen und Einschätzungen zu diesen Themenfeldern sowie spezifische Wissens- und Kompetenzbedarfe erhoben. Die Ergebnisse zeigen begrenzte Wissensbestände der Befragten hinsichtlich der Pluralität jüdischen Lebens sowie zeitgenössischer Erscheinungsformen des Antisemitismus. Die Wahrnehmung jüdischen Lebens ist stark durch eine historisierende Perspektive mit Fokus auf den Nationalsozialismus geprägt. Antisemitismus wird selten als gesamtgesellschaftliches Phänomen und primär im Kontext rechtsextremer sowie islamistischer Milieus verortet, während komplexere Erscheinungsformen wie israelbezogener oder linker Antisemitismus seltener erkannt werden. Die Interviewten artikulieren einen deutlichen Bedarf an spezifischen Bildungsangeboten und strukturellen Maßnahmen, um antisemitische Vorfälle adäquat einordnen und bearbeiten zu können. Die Studie verdeutlicht die Notwendigkeit einer systematischen Integration dieser Themen in die polizeiliche Aus- und Fortbildung sowie einer Verbesserung des behörden-internen Wissensmanagements.

Schlagwörter: Antisemitismus, Polizei, Nordrhein-Westfalen, Jüdisches Leben, Polizeiausbildung, Polizeiforschung, Qualitative Interviewstudie, Antisemitismusprävention, Polizeiliche Bildung, Wissensmanagement, Sicherheitsbehörden, Extremismusbekämpfung, Demokratische Resilienz

1. Einleitung

Das Erstarken extrem rechter Akteur:innen in Politik und Gesellschaft (Küpper/Zick/Rump 2021: 75 ff.; Decker et al. 2022: 11 ff.), die Massenproteste verschwörungsideologischer Milieus wie der sogenannten Querdenker:innen-Bewegung (Rensmann 2022: 105 ff.; Sosada 2022: 130 ff.), die Verbreitung antisemitischer Bilder im Rahmen der weltweit beachteten Kunstaussstellung *documenta fifteen* (Deitelhoff et al. 2023) zeigen: Antisemitismus zeigt sich immer offener in unterschiedlichen politischen wie kulturellen Kontexten. Antisemitische Argumentationen und Denkformen äußern sich nicht nur in volksverhetzenden Aussagen (z.B. Holocaust-Leugnung), verbalen Anfeindungen oder Beleidigungen, sondern auch in manifester Gewalt. Seit den Massakern der Hamas vom 7. Oktober 2023 und dem darauf folgenden Krieg Israels gegen die islamistische Terrororganisation ist zudem eine deutliche Normalisierung und Radikalisierung des israelbezogenen Antisemitismus im öffentlichen Diskurs zu beobachten (Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitis-

mus (RIAS) 2024; democ. 2023; Schakat 2023; Frankfurter Allgemeine Zeitung 2023; Zeit Online 2023). In jüngeren Fachdebatten werden – neben präventiven Maßnahmen wie etwa Bildungs- und Begegnungsprojekten (Jahn/Frommer 2024; Jahn 2023; Schubert 2022; Grimm/Müller 2020) – verstärkt Möglichkeiten der Repression antisemitischer Agitation und Gewalt diskutiert (Frommer/Jahn 2023; Keller-Kemmerer/Löbrich 2024; Lembke 2024).

Aufgrund ihrer zentralen Rolle bei der Aufrechterhaltung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung im Allgemeinen und den Schutz von Minderheiten im Besonderen rückt die Polizei in den Mittelpunkt des hier dargestellten Beitrages. Damit eine potentiell antisemitische Tatmotivation erkannt und die Gefahrenlage für die von Antisemitismus Betroffenen wahrgenommen und identifiziert werden kann, bedarf es einer phänomenspezifischen und zielgruppengerechten Professionalisierung der Polizeikräfte. Bisher liegen jedoch keine empirischen Erkenntnisse über die Wissensbestände von Polizeikräften zum Phänomenbereich Antisemitismus und jüdisches Leben vor. Der Beitrag untersucht daher drei zentrale Fragen: Welche Wissensbestände zu jüdischem Leben und Antisemitismus lassen sich bei Polizeibediensteten identifizieren? Welche Bedeutung messen sie diesem Wissen für ihre berufliche Praxis bei? Und welche (Weiter-)Bildungsangebote und strukturellen Maßnahmen sind aus Sicht der Polizeibediensteten notwendig, um den Anforderungen im Umgang mit Antisemitismus im Polizeialltag gerecht zu werden?

In einer unter der Leitung von Dr. Marc Grimm (Universität Bielefeld) und Dr. Sarah Jadwiga Jahn (Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen) durchgeführten Studie wurden insgesamt 39 Polizeibedienstete im Zeitraum von Juni bis Dezember 2022 aus unterschiedlichen Dienstbereichen von zehn Kreispolizeibehörden Nordrhein-Westfalens befragt. Ziel der Untersuchung war es, polizeiliche Perspektiven, Erfahrungen und Einschätzungen zu den Themenfeldern jüdisches Leben und Antisemitismus zu ermitteln sowie Wissens- und Kompetenzbedarfe aus der Polizeipraxis zu erheben.

Der Beitrag stellt den oben skizzierten Problemzusammenhang und zentrale Ergebnisse der Studie dar (Grimm et al. 2024). Nach einer fachwissenschaftlichen Einordnung der Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der gegenwärtigen Polizeiforschung in Kapitel 2, wird in Kapitel 3 das methodische Vorgehen skizziert. Anschließend werden in Kapitel 4 zunächst die Perspektiven der Interviewten auf jüdisches Leben und in Kapitel 5 deren Wissensbestände zu Antisemitismus dargestellt. Das darauffolgende Kapitel 6 beschreibt die berufspraktische Relevanz von Wissen zu diesen Themengebieten aus Sicht der Interviewten. Die Untersuchung impliziert somit auch die Notwendigkeiten und Bedarfe, die Polizeibedienstete diesen Wissensbeständen zumessen. Im Fazit argumentieren die Autor:innen des vorliegenden Beitrags für die Etablierung spezifischer Wissens- und Kompetenzbedarfe, die für die Professionalisierung von Polizeikräften im Umgang mit Antisemitismus und dem Schutz jüdischen Lebens erforderlich sind.

2. Antisemitismus als Gegenstand von Forschung im Kontext Polizei

Die vorliegende Studie orientiert sich an der von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) entwickelten Arbeitsdefinition von Antisemitismus, die sowohl von der Bundesregierung als auch von zahlreichen nationalen und internationalen Institutionen an-

erkannt ist (International Holocaust Remembrance Alliance 2016). Antisemitismus wird darin als „eine bestimmte Wahrnehmung von Juden“ (International Holocaust Remembrance Alliance 2016) beschrieben, „die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen“ (International Holocaust Remembrance Alliance 2016). Diese Arbeitsdefinition hat sich als zentrale Referenz in der Antisemitismusbekämpfung etabliert (European Commission 2017). Eine solche Definition kann jedoch nur eine grundlegende Orientierung bieten, da die Erscheinungsformen des Antisemitismus deutlich komplexer sind. Als wandlungsfähiges Phänomen verbindet sich Antisemitismus mit verschiedenen weltanschaulichen, religiösen und politischen Überzeugungen. Seine moderne Ausprägung wurzelt im jahrhundertalten christlichen Antijudaismus, dessen zentrale Motive im biologistischen Denken des 19. Jahrhunderts aufgegriffen wurden und heute im Antizionismus fortleben. Diese historische Entwicklung hat verschiedene Erscheinungsformen hervorgebracht, die nach ihrem jeweiligen Kontext als christlicher (Antijudaismus) (Kampling 2006: 11; Nirenberg 2015: 97 ff.), völkisch-rassistischer (Bergmann 2012: 191 f.; Pfahl-Traugber 2019: 301), islamischer (Nirenberg 2015: 145 ff.; Öztürk/Pickel 2022: 199), linker (Salzborn 2018: 107 f.) oder israelbezogener (Holz/Haury 2021: 58 ff.) Antisemitismus kategorisiert werden können. Obwohl diese Ausprägungen der Judenfeindschaft in unterschiedlichen historischen Epochen entstanden sind, treten sie – den aktuellen gesellschaftlichen Kommunikationsformen angepasst – auch in gegenwärtigen Kontexten auf (Bernstein 2020: 36 ff.; Rensmann 2022: 105 ff.).

Während Rassismus und Xenophobie – nicht zuletzt aufgrund öffentlicher Diskussionen über *Racial Profiling* (Niemz/Singelstein 2022: 337 ff.) – bereits Gegenstand fachwissenschaftlicher Debatten ist (Jaschke 1996; Lindner 2001; Kopke 2019; Hunold/Singelstein 2022), weist der Forschungsstand zum Thema Antisemitismus im Kontext von Polizei erhebliche Lehrstellen auf. Die aktuelle MEGAVO-Studie (Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten) untersucht zwar grundsätzlich Einstellungsmuster innerhalb der Polizei (Deutsche Hochschule der Polizei 2024), zeigt jedoch bei der Erfassung und Analyse antisemitischer Einstellungen deutliche theoretische und methodische Schwächen. Besonders auffällig ist, dass in der zweiten Erhebungsphase, die nach den Terroranschlägen der Hamas am 7. Oktober 2023 und der darauffolgenden militärischen Reaktion Israels durchgeführt wurde, das Item zum israelbezogenen Antisemitismus entfiel.¹ Die Er-

1 Hierbei handelt es sich um den Aussagesatz „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts Anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“, der in der empirischen Einstellungsforschung als Standard-Item für die Ermittlung der Einstellung zum israelbezogenen Antisemitismus fungiert (Zick 2021: 188; Decker et al. 2024: 60). Die Autor:innen der MEGAVO-Studie begründen den Verzicht auf das Item wie folgt: „Das Statement, das das Handeln des israelischen Staates gegenüber Palästinensern mit der Judenverfolgung in der NS-Zeit vergleicht, wurde nicht mehr gestellt, da es bereits in der ersten Befragung einen recht hohen Anteil an ‚weiß nicht‘-Antworten auslöste. Diese Frage kann schon zu diesem Zeitpunkt vermehrt Verständnisschwierigkeiten ausgelöst haben, was aufgrund der zwei dort angesprochenen Vergleichsbeziehungen nachvollziehbar ist. Mit der Eskalation des Nahostkonfliktes seit dem 7. Oktober 2023 bekam dieses Statement einen Kontext, der die Vergleichbarkeit der Fragen über die Zeit sehr fraglich erscheinen ließ. Das Statement wurde daher in der zweiten Erhebung nicht erneut verwendet. Es geht aufgrund der Vergleichbarkeit auch nicht in die Berechnung des Index-Wertes für den Antisemitismus der ersten Erhebung ein.“ (Deutsche Hochschule der Polizei 2024: 106 f.) Jene Argumentation, wonach das Item „mit der Eskalation des Nahostkonfliktes [...] einen neuen Kontext erhielt“, ist insofern abwegig, als dass es sich trotz der aktuellen Konfliktsituation – und somit nach wie vor – um einen historisch unzulässigen und im Kern antisemitischen Vergleich handelt. Der von den Autor:innen der MEGAVO-Studie angesprochenen Anstieg der

hebung zu antisemitischen Einstellungsmustern beschränkte sich dadurch auf lediglich zwei Items, die ausschließlich den klassischen Antisemitismus erfassen. Der Post-Shoah-Antisemitismus mit seinen charakteristischen Motiven der Schuldabwehr und Erinnerungsverweigerung wurde in der Studie gar nicht berücksichtigt. Diese eingeschränkte Erfassung führt dazu, dass die MEGAVO-Studie keine validen Aussagen über antisemitische Einstellungsmuster unter Polizeibediensteten ermöglicht.

Hinsichtlich der curricularen Verortung der Themen Antisemitismus und Rassismus in der Polizeiausbildung der Länder kommt eine Analyse des Mediendienst Integration zu dem Ergebnis, dass diese lediglich in Modulen der fünf Bundesländern Baden-Württemberg, Berlin, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen verankert sind. Eine erweiterte Untersuchung zur Rolle von Antisemitismus im Bildungskanon der Hochschulen der Landespolizeien zeigen ein differenziertes Bild: So sind die Themen Antisemitismus und Rassismus zwar nicht als solches in den meisten Modulhandbüchern der Polizeihochschulen benannt, allerdings zeigt sich in Interviews mit Dozierenden, dass diese die Themen häufig in Wahlpflicht-/Vertiefungsmodulen behandeln (Jahn/Peters 2024: 52). Während die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus einen zentralen Stellenwert einnimmt (ebd. 49), fehlt es in den meisten Bildungsmaterialien an fundiertem Wissen über aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus (ebd. 50 f.). Auch die Vielfalt jüdischen Lebens in Deutschland wird in den Lehrmaterialien nicht abgebildet (ebd. 48). Diese inhaltlichen Lücken werden teilweise durch das Engagement einzelner Ausbilder:innen und Lehrender ausgeglichen (ebd. 56 f.) Ein weiteres Forschungsdesiderat betrifft die Perspektive der von Antisemitismus Betroffenen im Kontext polizeilicher Arbeit. Eine nennenswerte Ausnahme stellt hier die LeAH-Studie (Leben und Alltag von Jüdinnen und Juden in Hamburg) dar, die im Auftrag des Bundesministeriums des Innern durchgeführt wurde und gezielt die Erfahrungen der Betroffenen untersucht (Groß et al. 2024). Neuere Untersuchungen liefern zudem wichtige Erkenntnisse zur Rolle des Rechtsstaats in der Bekämpfung des Antisemitismus (Giesel/Borchert 2024). Dabei fließen auch erkenntnisreiche Perspektiven von Zivilgesellschaftlichen Organisationen ein, wie etwa der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS). Insgesamt zeigt sich jedoch, dass die systematische Erforschung des polizeilichen Umgangs mit Antisemitismus sowie die Analyse entsprechender institutioneller Strukturen und Handlungspraktiken bisher nur unzureichend erfolgt ist. Diese Forschungslücke erscheint angesichts der gesellschaftlichen Relevanz des Themas besonders gravierend.

3. Methodisches Vorgehen

Die Untersuchung zielte darauf ab, Einblicke in die Wissensbestände von Polizeikräften zu Antisemitismus und jüdischem Leben zu erlangen sowie praktische Bedarfe für die Polizeiarbeit zu ermitteln. Dafür wurden die Interviewten sowohl allgemein zu den Themen jüdisches Leben und Antisemitismus befragt als auch konkrete polizeiliche Einsatzszenarien besprochen. Für diese Untersuchung wurde ein qualitativer Forschungsansatz mit leitfaden-

„Weiß-nicht“-Antworten können auch als Hinweis darauf verstanden werden, dass weniger Befragte den antisemitischen Vergleich entschieden ablehnen. Aktuelle Studien der etablierten Antisemitismusforschung verdeutlichen die weiterhin bestehende Relevanz des Items zur Ermittlung antiisraelisch-antisemitischer Einstellungen (Beyer et al. 2024: 22).

gestützten Interviews gewählt, um eine tiefergehende Analyse der polizeipraktischen Erfahrungen und Bedarfe der Polizeikräfte detailliert zu erfassen und im jeweiligen Arbeitskontext zu verstehen (Misoch 2019: 1 ff.).

3.1 Sample

Die Studie basiert auf 38 Interviews mit insgesamt 39 Befragten aus zehn verschiedenen Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen. Um eine möglichst große Bandbreite abzudecken, wählte das Forschungsteam die Behörden nach verschiedenen Kriterien aus – darunter die Lage (städtisch/ländlich), der Zuständigkeitsbereich, die Zugehörigkeit zu Regierungsbezirken sowie regionale soziodemografische Merkmale. Diese breite Streuung ermöglicht vielfältige Einblicke in die Bedürfnisse und Sichtweisen verschiedener Behörden und Funktionsbereiche. An einem ausgewählten Standort wurden neun Personen interviewt, um dort ein möglichst umfassendes Bild aller Funktionsbereiche zu erhalten. Die übrigen Standorte sind mit zwei bis sechs Befragten vertreten. Unter den 39 Interviewten befinden sich 10 Frauen und 29 Männer im Alter von 23 bis 61 Jahren, die in unterschiedlichen Funktionsbereichen tätig sind:

Tabelle I: Sample der Interviewstudie

Funktionsbereiche	Personen
Wachdienst (Streifendienst, Dienstgruppen- und Wachleitung sowie Ausbildungsbetreuung)	12
Staatsschutz	9
Bezirkssdienst	3
Leitungsstab und/oder Extremismusbeauftragte	3
Opferschutzbeauftragte und/oder Kontaktbeamte/-innen für muslimische Institutionen	4
Ständiger Stab	2
Bereitschaftspolizei	3
Aus- und Fortbildungsleitung innerhalb der Behörde	1
Dienststellenleitung	1
Verkehrsdienst	1

Die Auswahl der Interviewpersonen erfolgte auf unterschiedlichen Wegen: Nach der offiziellen Genehmigung der Studie durch das Innenministerium benannte jede der zehn Kreispolizeibehörden eine zentrale Ansprechperson aus ihrem Leitungsteam. Diese Ansprechpersonen gingen dabei unterschiedlich vor: Einige stimmten sich mit dem Forschungsteam ab und schlugen gezielt bestimmte Interviewpersonen vor, während andere eine allgemeine Anfrage innerhalb ihrer Behörde starteten. An mehreren Standorten war das Interesse an der Teilnahme so groß, dass mehr potenzielle Interviewpersonen zur Verfügung standen, als

ursprünglich geplant. In solchen Fällen wählte das Forschungsteam aus, wobei Funktionen und Zuständigkeiten der Interessenten berücksichtigt wurden. Ziel war es, ein ausgewogenes Spektrum an Einsatzbereichen, Erfahrungen und Hierarchieebenen sowohl für die einzelnen Standorte als auch für die Gesamtstudie sicherzustellen.

3.2 Erhebung und Analyse

Für die Durchführung der Interviews wurde ein halbstrukturierter Ansatz gewählt. Dies bedeutet, dass ein Leitfaden als Orientierung diente, wobei die Reihenfolge und der genaue Wortlaut der Fragen flexibel gehandhabt wurden (Krell/Lamnek 2016: 338 ff.). Den Leitfaden entwickelte das Forschungsteam mit Fokus auf mehrere Kernthemen: die berufspraktische Bedeutung von Antisemitismus und jüdischem Leben, den konkreten Umgang damit im Polizeialltag sowie strukturelle Rahmenbedingungen. Weitere Schwerpunkte waren der Wissens- und Kompetenzbedarf von Polizeibediensteten in der Antisemitismusprävention, repressive Maßnahmen, Gefahrenanalysen, Opferschutz und Dokumentationsprozesse. Um die Qualität und Praxisrelevanz des Leitfadens sicherzustellen, wurde er vor dem Einsatz verschiedenen Expert:innen zur kritischen Prüfung vorgelegt: Vertreter:innen jüdischer Organisationen (Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein K.d.ö.R. sowie die Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit Beratung bei Rassismus und Antisemitismus *SABRA*) sowie Polizeikräfte aus Bildung (Kriminologie und Einsatzlehre) und Praxis (Staatsschutz). Dieses Vorgehen gewährleistete, dass der Leitfaden sowohl die Perspektive der Betroffenen als auch die praktischen Anforderungen aus Polizeiarbeit und -ausbildung angemessen berücksichtigt.

Mit der Untersuchung sollte ein möglichst breites Spektrum an Erfahrungen und Perspektiven erfasst werden – sowohl zum Thema Antisemitismus und jüdisches Leben als auch zu konkreten Einsatzszenarien. Der verwendete Interviewleitfaden erfüllte dabei mehrere Funktionen: Er gab den Gesprächen eine grundlegende Struktur und ermöglichte dadurch den Vergleich zwischen verschiedenen Interviews. Gleichzeitig ließ er genügend Spielraum, um einzelne Aspekte zu vertiefen und flexibel auf die unterschiedlichen Erfahrungen der Polizeikräfte einzugehen, die je nach Position und Dienstjahren stark variierten (Misoch 2019: 65 ff.).

Die Auswertung der anonymisierten Interviewtranskripte erfolgte mittels einer inhaltlich-strukturierenden Inhaltsanalyse nach dem Ansatz von Udo Kuckartz, wofür die Analysesoftware MAXQDA 2020 genutzt wurde. Diese Methode ermöglicht es, das Datenmaterial systematisch zu ordnen und für die weitere Analyse aufzubereiten. Der Analyseprozess folgte dabei sieben aufeinander aufbauenden Schritten: Zunächst wurde der Text grundlegend erfasst (1) und erste Hauptkategorien entwickelt (2). Mit diesen Kategorien wurde dann das gesamte Material in einem ersten Durchgang codiert (3). Anschließend wurden alle Textstellen mit gleicher Hauptkategorie zusammengestellt (4). Aus diesem Material wurden dann induktiv weitere Unterkategorien abgeleitet (5). Mit diesem verfeinerten Kategoriensystem erfolgte eine erneute, detailliertere Codierung (6). Den Abschluss bildeten die systematische Auswertung und die Darstellung der Ergebnisse (7) (Kuckartz 2014).

4. Polizeiliche Wahrnehmungen jüdischen Lebens

Im Rahmen der Studie wurden die Interviewpersonen zunächst nach ihren Assoziationen mit jüdischem Leben befragt. Zudem wurden Aussagen zu den Quellen ihres Wissens über jüdisches Leben untersucht. Dabei zeigte sich, dass die Interviewpersonen über begrenzte Wissensbestände bezüglich der Gegenwart jüdischer Lebenswelten, wie etwa religiöse Bräuche, kulturelle Praktiken oder plurale Lebensweisen verfügen. Ein unmittelbarer Kontakt und Austausch mit Jüdinnen und Juden, erfolgte – wenn überhaupt – im Rahmen von einzelnen polizeilichen Fortbildungsprogrammen, Objektschutzaufgaben (wie dem Schutz von Synagogen) oder Sicherheitsmaßnahmen bei Veranstaltungen, die von jüdischen Institutionen organisiert wurden.² Nur eine Person (A_6) erwähnte persönliche Bekanntschaften mit Jüdinnen und Juden, keine der befragten Personen berichtete über eine berufliche Zusammenarbeit mit jüdischen Kolleg:innen. Die Mehrheit gab an, keinen direkten Kontakt oder keine direkte Auseinandersetzung mit dem jüdischen Leben in Deutschland zu haben. Einige Befragte erwähnten, dass sie eine Abwesenheit oder mangelnde Sichtbarkeit des jüdischen Lebens wahrnehmen. So antwortete eine Interviewperson, die sowohl im Leitungsstab als auch im Bereich Extremismus tätig ist, auf die Frage nach spontanen Assoziationen mit jüdischem Leben in Deutschland: „Mein erster Gedanke ist: kaum sichtbar“ (D_3). Andere Befragte äußerten Schwierigkeiten, Jüdinnen und Juden als solche zu erkennen,³ was sie vor dem Hintergrund ihrer Aufgabe – diese Personengruppe zu schützen – als besondere Herausforderung benannten.

In spontanen Assoziationen zu jüdischem Leben in Deutschland stellen einige Interviewpersonen ihre Gedanken eine unmittelbare gedankliche Verknüpfung zum Antisemitismus her, dem Jüdinnen und Juden ausgesetzt sind.⁴ Die Pluralität jüdischer Glaubenspraxis sowie bestimmte kulturelle Traditionen werden nicht thematisiert. Wenn überhaupt assoziieren Polizeibedienstete jüdisches Leben in Deutschland mit ihren eigenen Erfahrungen im Bereich der Verfolgung antisemitischer Straftaten, sowie insbesondere mit dem Objektschutz (vor allem Synagogen und jüdische Friedhöfe) und Sicherheitsmaßnahmen bei Veranstaltungen jüdischer Institutionen.⁵ Jene gedankliche Verknüpfung von jüdischem Leben und Antisemitismus ist insofern kaum überraschend, da Polizeikräfte in Nordrhein-Westfalen im Rahmen ihrer Ausbildung oder während ihres Dienstes häufig mit Objektschutz befasst sind. Vier Befragte erwähnten auch eine tendenzielle Abneigung ihrer Kolleg:innen gegenüber dem Objektschutz, den die meisten als eintönig und langweilig empfinden würden. Dies führt eine Person aus dem Wachdienst auf ein mangelndes Wissen und Verständnis hinsichtlich der Bedeutung dieser gefahrenabwehrenden Polizeiaufgabe zurück (E_4). Eine weitere Interviewperson aus dem Wachdienst empfiehlt daher, die Bedeutung des Objektschutzes in der Ausbildung junger Polizeibediensteter stärker zu betonen (I_2).

Die meisten Interviewpersonen besitzen kaum bis kein Wissen über die Vielfalt jüdischer Identitäten, Traditionen sowie religiöser und kultureller Praktiken. Ein großer Teil der Befragten neigt dazu, jüdisches Leben zu historisieren, indem sie das Judentum in Deutschland

2 Interviewpersonen: I_4, A_7, A_3, A_5, A_6, H_3, C_2 und B_1. (Bei der Anonymisierung der Interviews wurde für jedes Interview ein Kürzel entwickelt, das sich aus Ort (Buchstabe) und Interviewperson an dem jeweiligen Standort (Zahl) zusammensetzt.)

3 Interviewpersonen: E_2, E_3, J_2, D_3 und I_3.

4 Interviewpersonen: B_3, A_9, C_1, E_3, H_3 und J_2.

5 Interviewpersonen: A_5, A_6, A_7, A_8, A_9, B_3, B_5, C_1, C_2, I_2 und I_4.

vor allem mit der Geschichte des Antisemitismus (G_2) und insbesondere mit der Zeit des Nationalsozialismus in Verbindung bringen.⁶ Diese Verknüpfung wird oft mit ihren eigenen Erfahrungen im Geschichtsunterricht begründet. Dies korreliert mit wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Darstellung jüdischen Lebens in deutschen Schulbüchern, in denen Jüdinnen und Juden überwiegend als Opfer antisemitischer Verfolgung – insbesondere während der Zeit des Nationalsozialismus – dargestellt werden (Sadowski 2023: 450).

Zusammenfassend gab die Mehrheit der befragten Personen an, nur über ein begrenztes Wissen hinsichtlich der Pluralität jüdischen Lebens zu verfügen. Gleichzeitig äußerten einige ein großes Interesse daran, jüdische Traditionen, kulturelle Praktiken und die unterschiedlichen Strömungen innerhalb des jüdischen Gemeindelebens besser zu verstehen. Bemerkenswert ist, dass eine Interviewperson aus dem Bereich Wachdienst diese Wissensbestände als wesentlichen Aspekt der Gefahrenabwehr beschreibt. Fehlendes Wissen über den Lebensalltag von Jüdinnen und Juden sowie fehlende Informationen über jüdische Einrichtungen würden ein potenzielles Sicherheitsrisiko bedeuten: „Weil ich finde einfach, man muss wissen, wie es innen drin aussieht in dem Gebäude, was man schützen soll. Es wäre schlecht, wenn sie irgendwann mal da rein rennen und nicht wissen, wo welcher Raum ist.“ (I_2)

5. Polizeiliche Wahrnehmungen von Antisemitismus

Im weiteren Verlauf der Interviews wurde ermittelt, auf welche Weise Antisemitismus innerhalb der Polizei wahrgenommen und verstanden wird. Neben einem allgemeinen Verständnis der befragten Polizeikräfte von Antisemitismus (5.1), thematisierten die Interviewpersonen spezifische Motive und Erscheinungsformen des Antisemitismus (5.2) und erläuterten ihre Wahrnehmung von Antisemitismus in politischen, sozialen und/oder religiösen Milieus (5.3).

5.1 Allgemeines Verständnis von Antisemitismus

Um Erkenntnisse über das allgemeine Verständnis von Antisemitismus zu erhalten, wurden die Interviewpersonen zunächst nach ihren Assoziationen zu jüdischem Leben und auch nach spontanen Assoziationen zum Thema Antisemitismus gefragt. Fünf Befragte verwiesen unmittelbar auf Fälle antisemitischer Straftaten und nannten in diesem Zusammenhang antisemitische Graffiti, Sachbeschädigungen, die Schändung von Friedhöfen und das Beschmieren jüdischer Einrichtungen mit Nazi-Symbolen als die häufigsten antisemitisch motivierten Delikte.⁷ Darüber hinaus beschrieben einige Befragte antisemitische Straftaten wie etwa Volksverhetzung und Hass, das Zeigen illegaler verfassungswidriger Embleme und Symbole, das Skandieren von Nazi-Parolen oder die Leugnung des Holocausts.⁸ Mehrere Personen verwiesen auf Angriffs-, Beleidigungs- und Nötigungsdelikte und erwähnten reale oder potenzielle Angriffe auf Personen, die eine jüdische Kopfbedeckung (Kippa) tragen.⁹

6 Interviewpersonen: A_4, B_4, B_6, D_2, E_1, E_4, F_2, G_1 und H_2.

7 Interviewpersonen: B_3, B_4, D_2, E_3 und H_2.

8 Interviewpersonen: A_1, B_4, D_2, E_3, H_3 und F_2.

9 Interviewpersonen: B_1, B_3, D_2, D_3, E_1, I_1, I_3 und H_2.

Im weiteren Verlauf des Interviews wurden den Polizeibediensteten spezifische Fragen zu ihrem Verständnis von Antisemitismus gestellt. Hierbei wurde von den meisten der Befragten ein rudimentäres Verständnis von Antisemitismus geäußert, das ihn als vorurteils- und/oder religionsbezogene Abneigung gegenüber Jüdinnen und Juden begreift. Daneben konnten manche der Interviewpersonen verschiedene judenfeindliche Motive und ideologische Fragmente benennen, wiesen auf den Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Verschwörungsideologien hin und beschrieben antisemitische Verschwörungsnarrative über den angeblichen Einfluss von Jüdinnen und Juden im internationalen Finanzwesen oder im Mediensektor.¹⁰ Darüber hinaus erwähnten einige Interviewpersonen antisemitische Vorstellungen, die sich auf den jüdischen Staat Israel beziehen, und bezeichneten die Feindseligkeit gegenüber Israel als mögliche Ausprägung von Antisemitismus.¹¹ In diesem Zusammenhang wurde das Verbrennen israelischer Flaggen bei Demonstrationen von einer Person auf dem Bereich Wachdienst als Ausdruck von Israel-bezogenem Antisemitismus charakterisiert (D_1). Ein:e Dienstgruppenleiter:in thematisierte die Bedeutung antijudaistischer Motive (z.B. Jüdinnen und Juden als angebliche Kindermörder) in anti-israelischen Parolen (A_9).

5.2 Spezifisches Wissen über Motive und Erscheinungsformen von Antisemitismus

Die Interviews weisen erhebliche Unterschiede im Verständnis und in der Wahrnehmung von Antisemitismus unter den Befragten auf. Die überwiegende Mehrheit sieht Antisemitismus als ein Phänomen, das sich insbesondere in der extremen Rechten findet, aber auch in migrantisches, muslimischen und/oder islamistischen Milieus präsent ist.¹² Eine kleinere Anzahl von Befragten erkennt Antisemitismus als ein Phänomen innerhalb linker Gruppen.¹³ Nur wenige Interviewpersonen beschreiben Antisemitismus als ein vielschichtiges, historisch gewachsenes Phänomen moderner Gesellschaften, das sich in verschiedenen Artikulationsformen, sowohl offen als auch subtil bzw. codiert, zeigt.¹⁴ Zwei Personen konnten ein tieferes Verständnis von Antisemitismus darlegen, das über den konventionellen Rahmen des sogenannten „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes für den Bereich der politisch motivierten Kriminalität (PMK)“¹⁵ hinausgeht, der politisch motivierte Verbrechen zwischen *links*, *rechts* und *ausländisch* differenziert.¹⁶ Diese Interviewpersonen, beide Mitarbeitende des Staatsschutzes, hoben den Syndrom-Charakter des Antisemitismus hervor, der häufig mit rassistischen und/oder antifeministischen Einstellungen korreliert.

10 Interviewpersonen: E_1, H_2, I_1 und I_4.

11 Interviewpersonen: A_1, A_7, A_9, B_3, H_3, I_3 und J_1.

12 Interviewpersonen: A_2, A_6, A_9, B_2, B_6, D_1, D_2, D_3, E_1, E_2, E_3, E_4, H_1, H_2, H_3 und I_3.

13 Interviewpersonen: A_4, E_2, H_3, I_2, I_3 und I_4.

14 Interviewpersonen: D_3, E_3, H_3 und J_1.

15 Zur Bedeutung des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes für den Bereich der politisch motivierten Kriminalität (PMK)“ bei der Erfassung antisemitischer Straftaten (Botsch 2021: 456 ff.).

16 Interviewpersonen: E_3 und I_1.

5.3 Wahrnehmungen von Antisemitismus in politischen, sozialen und/oder religiösen Milieus

Nur sehr wenige Interviewte berichten von antisemitischen Vorfällen in ihrem persönlichen oder unmittelbaren sozialen Umfeld. Einzelne Interviewpersonen geben an, dass sie sich mit der Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus befassen. Ein Beispiel dafür ist eine Interviewperson, die von seinen Aktivitäten in antifaschistischen Strukturen während der Jugendzeit berichtete. In diesen Gruppen engagierte sich die Person gegen Rechtsextremismus und wurde so bereits vor dem Eintritt in die Polizei für das Problem sensibilisiert (E_3). Die meisten Interviewten sehen Antisemitismus jedoch vor allem in rechtsextremen Milieus. Dies liege, so zwei Interviewpersonen, in der Kontinuität nationalsozialistischer Ideologie und Agitation im modernen Rechtsextremismus begründet.¹⁷ Eine weitere Interviewperson erklärte, dass Antisemitismus als ideologische Verbindung zwischen verschiedenen rechten und rechtsextremen Gruppen dient, die von politischen Parteien und konspirationistischen Bewegungen (wie der „Querdenker:innen-Bewegung“) bis hin zu rechten Burschenschaften, Neonazi-Gruppen sowie verfassungsfeindlichen revisionistischen Gruppen (wie der sogenannten „Reichsbürger:innenbewegung“) reichen (I_1). Antisemitismus innerhalb der politischen Linken wird hingegen seltener von den Interviewten thematisiert. Zwar nehmen wenige Befragte Antisemitismus als Phänomen innerhalb linker Bewegungen wahr, detaillierte Beschreibungen der jeweiligen Gruppen bleiben jedoch aus und beschränken sich auf kurze Erwähnungen antikapitalistischer und antiimperialistischer Fraktionen innerhalb der politischen Linken.¹⁸

Einige der Interviewpersonen assoziieren Antisemitismus häufiger mit Personen mit Migrationshintergrund und/oder Muslim:innen. Viele der Befragten verweisen in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung antisemitischer Weltanschauung innerhalb islamistischer Gruppen wie Hisbollah, Islamischer Staat und Al-Qaida.¹⁹ Eine Interviewperson mit leitender Funktion im Bereich Aus- und Fortbildung erklärte, dass eine stärkere Tendenz unter Muslim:innen zu antisemitischen Positionen wahrzunehmen sei (D_2). Ein:e Polizeihauptkommissar:in reflektiert im Interview darüber, ob seine:ihre Wahrnehmung einer größeren Zustimmung zu Antisemitismus unter Muslim:innen möglicherweise durch eigene Vorurteile gegenüber Muslim:innen beeinflusst sein könnte (A_1). Dass Menschen mit Migrationshintergrund anfälliger für antisemitische Einstellungen und Handlungen sind, wird auch von anderen Interviewten geteilt, die dies mit Erfahrungen aus ihrem Polizeidienst begründen. Insbesondere im Kontext des Nahostkonflikts nehmen drei Interviewte Tendenzen der muslimischen Solidarität mit Palästinenser:innen wahr.²⁰ Mehrere Interviewte verwiesen auf antisemitische Vorfälle im Zusammenhang mit pro-palästinensischen Demonstrationen.²¹

17 Interviewpersonen: E_3 und I_1.

18 Interviewpersonen: H_3 und I_2.

19 Interviewpersonen: A_2, A_4, A_6, A_8, A_9, E_2, E_3, H_1 und I_3.

20 Interviewpersonen: E_2, E_3 und H_3.

21 Interviewpersonen: A_7, D_1, D_2 und I_4.

6. Chancen und Grenzen von Bildungs- und Strukturmaßnahmen innerhalb der Polizei

Angesichts der teils fehlenden Wissensbestände der befragten Polizeibediensteten über die Gegenwart jüdischen Lebens ebenso wie über zeitgenössische Formen des Antisemitismus stellt sich die Frage, inwiefern polizeiliche Bildungsformate – etwa in Form von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen – jene Themen adressieren. Die Interviewpersonen plädieren dafür Lehrformate zu entwickeln, die über die historischen Kontinuitäten des Antisemitismus informieren (6.1), israelbezogenen Antisemitismus in die polizeiliche Ausbildung einbeziehen (6.2), Wissen über antisemitische Codes, Chiffren und Symbole vermitteln (6.3) sowie über jüdische Kulturpraktiken und die Bedrohung durch Antisemitismus aufklären (6.4). Über die Forderungen nach Schulungsinitiativen hinaus artikulierten die Befragten auf Nachfrage auch einen Bedarf an strukturellen Maßnahmen: eine Verbesserung des Wissensmanagements innerhalb der Polizei sowie eine Zusammenarbeit mit externen Personen und Institutionen, um Perspektiven zu erweitern, vielfältige Expertise zu integrieren und die Beziehungen zur jüdischen Gemeinde zu stärken (6.5).

6.1 Wissensvermittlung hinsichtlich historischer Kontinuitäten des Antisemitismus

Interviewpersonen aus unterschiedlichen Polizeibereichen sprechen sich für eine stärkere Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus aus, um Antisemitismus zu verstehen. Dieses Verständnis sei unabdingbar – sowohl für eine umfassende politisch-historische Bildung als auch für die Deutung gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklungen.²² Darüber hinaus erklären drei Interviewte, dass eine Auseinandersetzung mit der Rolle der Polizei während des Nationalsozialismus eine Gelegenheit bietet, über die gegenwärtige gesellschaftliche Bedeutung der Polizei nachzudenken und ein Wertesystem innerhalb der Polizeikräfte zu entwickeln und zu stärken.²³ Eine Interviewperson aus der Bereitschaftspolizei hob die Bedeutung des Verständnisses der Polizeigeschichte während der NS-Zeit hervor, um die Ausprägungsformen antisemitischer Ideologien zu begreifen (E_2). Dieses Bewusstsein helfe dabei, antidemokratische Tendenzen heute zu erkennen und zu verhindern. Vier Interviewte betonen, dass das Wissen über die Ursprünge antisemitischer Weltanschauungen – einschließlich relevanter Symbole, gesellschaftlicher und historischer Kontexte und Ausdrucksformen (wie der Holocaust-Leugnung) – entscheidend ist, um auch gegenwärtige antisemitische Ausprägungen identifizieren zu können.²⁴ Um Antisemitismus als ein Gegenwartsphänomen zu verstehen, das nicht nur auf die NS-Zeit beschränkt ist, schlagen drei Interviewpersonen aus verschiedenen Polizeibereichen vor, über die heutigen Erscheinungsformen des Antisemitismus und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft zu informieren.²⁵

22 Interviewpersonen: A_5, H_1, I_4 und J_1.

23 Interviewpersonen: B_1, B_4 und B_6.

24 Interviewpersonen: A_1, E_4, H_3 und G_1.

25 Interviewpersonen: A_1, A_9, H_1 und I_2.

6.2 Israelbezogenen Antisemitismus als Gegenstand der Polizeiausbildung

Mehrere Interviewpersonen – insbesondere diejenigen aus dem Staatsschutz sowie Kontaktbeamte für muslimische Institutionen²⁶ – formulieren einen starken Bedarf, ihr Wissen über Israel und die regionalen Konflikte im Nahen Osten zu vertiefen. Dies helfe israelbezogenen Antisemitismus effektiv zu erkennen. Drei Interviewpersonen halten es dabei für notwendig, zwischen legitimer Kritik an der israelischen Politik und antisemitischen Positionen zu unterscheiden.²⁷ Zudem wird der Wissenserwerb über den historischen Hintergrund der Staatsgründung Israels, den Konflikt zwischen Israelis und palästinensischen Gruppen sowie die Symbole der beteiligten Akteur:innengruppen als bedeutsam erachtet. Laut einer Interviewperson erfordert dies spezifisches Hintergrundwissen, um relevante Positionen und Plakate bei Demonstrationen sowie die dahinterstehenden Motive einordnen zu können. Dieses spezialisierte Wissen sei essenziell, um Äußerungen und Handlungen während Demonstrationen genau zu interpretieren, bei denen manchmal die USA und Israel fälschlicherweise für alles Schlechte in der Gesellschaft oder der Welt verantwortlich gemacht werden (I_2). Der:Die Leiter:in einer Polizeistation weist auf die Herausforderungen hin, die sich bei Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Israel-Palästina-Konflikt ergeben und verweist auf die Schwierigkeit Parolen und Symbole zu identifizieren und einordnen zu können (I_4). Er:Sie beschreibt den Bedarf an spezifischem Wissen, um taktische Entscheidungen zu treffen und Dolmetscher:innen effektiv einzusetzen.

6.3 Sensibilisierung für antisemitische Codes, Chiffren und Symbole

Interviewpersonen aus den Bereichen Wach- und Bezirksdienst sowie im Ständigen Stab betonen die Notwendigkeit, spezifische Symbole, Zeichen, Slogans und Codes zu verstehen, um antisemitische Inhalte zu identifizieren.²⁸ Zwei Interviewte plädieren dafür, in der Ausbildung einen besonderen Wert auf die Sensibilisierung für verfassungswidrige Symbole und Gesten zu legen, um diese in der Polizeiarbeit rechtlich einordnen und entsprechend reagieren zu können.²⁹ Dieses Wissen sei gerade in operativen Szenarien wie Demonstrationen oder Sportveranstaltungen erforderlich, um angemessen auf antisemitische Symbole und Handlungen zu reagieren (E_1). Darüber hinaus betonten Interviewte aus verschiedenen Polizeibereichen die Notwendigkeit, unterschiedliche Gruppen und deren antisemitische Neigungen zu verstehen, um antisemitisch motivierte Straftaten genauer kategorisieren zu können.³⁰ Zwei Interviewpersonen erachten ein grundlegendes Wissen über Gruppenideologien, Radikalisierungstendenzen, Agitationsstrategien, Strukturen und Erkennungsmerkmale wie Symbole, Kleidung oder Musik, als überaus bedeutsam.³¹ Eine von ihnen – im Streifendienst tätig – berichtete von einem Vorfall, bei dem er:sie rechtsextreme Tattoos nicht als solche erkannte und unterstreicht daher die Notwendigkeit, Polizeibediensteten Informationen über entsprechende Motive und Codes zu vermitteln (G_1). Ein Mitglied des Staatsschutzes plädierte dafür, Antisemitismus über rechtsextreme Milieus hinaus zu verstehen, und sprach sich dafür

26 Die Kontaktbeamte für muslimische Institutionen (KMI) sind die Vorgänger:innen der „Kontaktbeamtinnen und Kontaktbeamte für interkulturelle und -religiöse Angelegenheiten“ (KIA).

27 Interviewpersonen: A_1, H_3 und F_2.

28 Interviewpersonen: A_3, A_5, B_3 und E_4.

29 Interviewpersonen: B_4 und G_1.

30 Interviewpersonen: A_2, B_4, H_2 und I_4.

31 Interviewpersonen: G_1 und I_1.

aus, antisemitische Erscheinungsformen in unterschiedlichen politischen Gruppen und extremistischen Bewegungen in der Lehre zu thematisieren (A_4). Nur so ließen sich Vorfälle effektiv an den Staatsschutz übermitteln und dabei die entsprechende politische Motivlage erfassen.

6.4 Aufklärung über jüdische Kulturpraktiken und antisemitische Bedrohungslagen

Interviewpersonen aus unterschiedlichen Polizeibereichen empfehlen, ein grundlegendes Verständnis der jüdischen Kultur und religiöser Alltagspraxis in der polizeilichen Lehre zu vermitteln.³² Dies diene dazu polizeiliche Einsätze – z. B. an jüdischen Feiertagen – genauer beurteilen zu können. In diesem Zusammenhang wäre zudem ein Austausch mit Vertreter:innen jüdischer Gemeinden förderlich.³³ Gerade bei Angriffen auf Synagogen und anderen jüdischen Einrichtungen oder einer proaktiven Gefahrenabwehr ist ein Wissen über religiöse und kulturelle Praktiken von Bedeutung. Dies merkt ein Mitglied des Staatsschutzes an und verweist dabei auf den rechtsextremen Terroranschlag auf die Synagoge in Halle an Jom Kippur 2019 (I_1). Zwei Interviewpersonen erläutern, dass ein verbesserter Schutz von jüdischen Institutionen nicht nur ein Wissen über das Judentum erfordert. Darüber hinaus sei es notwendig, sich mit Vertreter:innen der Gemeinden auszutauschen und die Innenräume von Gebäuden wie Synagogen oder Gemeindezentren zu kennen.³⁴ Wissen über religiöse Alltagspraktiken ebenso wie über die Räumlichkeiten wird somit als sicherheitsrelevant erachtet.

6.5 Verbesserung des Wissensmanagements innerhalb der Polizei

Mehrere Interviewpersonen sprechen sich für eine effektivere Nutzung von bereits vorhandenen Funktionen und Strukturen innerhalb der Polizei aus. Es bestünde insbesondere ein Bedarf an einem verbesserten Wissensmanagement, um die Nutzung der bestehenden Ressourcen zu optimieren. Daher sollten Polizeibedienstete, die bereits über spezifisches Wissen und Erfahrungen in Bezug auf Antisemitismus und/oder jüdisches Leben verfügen, unter den Polizeikräften als solche ausgewiesen sein, wie ein:e Kontaktbeamtin:en für muslimische Institutionen vorschlägt (B_2). Ähnlich argumentiert eine Interviewperson aus dem Bereich Opferschutz und erklärt, dass Beamt:innen, die durch spezifische Konferenzen Fachwissen erlangt haben, eine größere Rolle in der alltäglichen operativen Polizeiarbeit spielen sollten (J_2). Darüber hinaus empfahl ein leitendes Mitglied der Bereitschaftspolizei, dass die interne Vernetzung mit relevanten lokalen Organisationen initiiert oder gestärkt werden sollte, um entsprechende Expertise zu teilen und Ressourcen zu bündeln (H_1).

Zudem schlugen Interviewpersonen weitere Bildungsformate und strukturelle Maßnahmen vor. So sprach sich ein:e Interviewte:r aus dem Streifendienst für regelmäßige Dienstvorträge aus, in denen Polizist:innen über aktuelle soziale, politische sowie polizeirelevante Entwicklungen informiert werden (G_1). Ein Mitglied einer Einsatzgruppe brachte die Idee ein, Checklisten zu erstellen, die spezifische Informationen über Antisemitismus und jüdisches Leben enthalten (E_2). Zusätzlich schlug ein weitere Interviewperson im Streifendienst

32 Interviewpersonen: A_2, A_6, D_1, E_2, H_3, I_3, J_1 und G_1.

33 Interviewpersonen: B_3, B_5, C_1, F_1 und F_2.

34 Interviewpersonen: A_6 und A_8.

vor, Ansprechpersonen für jüdische Gemeinschaften und Organisationen zu ernennen, ähnlich wie jene für muslimische Angelegenheiten (E_1). Ein:e Interviewte:r knüpft an diese Idee an und schlägt vor, dass die jeweiligen Ansprechpersonen relevante Informationen bereitstellen – sowohl für Ratsuchende und Unterstützungsbedürftige als auch für Polizeibedienstete (z.B. Informationen über spezifische soziale Bewegungen, Symbole usw.) – und gemeinsam mit jüdischen Gemeinden und Einrichtungen vertrauensbildende Maßnahmen initiieren (C_1).

Mehrere Interviewte empfehlen, Expertise von externen Personen einzuholen und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zu fördern. Ein:e Dienstgruppenleiter:in schlägt vor, polizeiexterne Expert:innen hinzuzuziehen, die Polizeibedienstete über Antisemitismus und jüdisches Leben unterrichten (B_1). Ein:e andere:r Dienstgruppenleiter:in unterstreicht die Bedeutung des Fachwissens, das von externen Spezialist:innen auf diesem Gebiet bereitgestellt werden könnte (E_2). Ebenso plädiert eine Interviewperson dafür, solche externen Perspektiven in die Nachbereitung von Einsätzen einzubeziehen (E_1). Zwei weitere Interviewte, die im Bereich Opferschutz, Staatsschutz und als Kontaktbeamtin: Kontaktbeamter für muslimische Institutionen tätig sind, sprachen sich für eine engere Zusammenarbeit mit Institutionen aus, die sich auf Beratung und Unterstützung potenzieller Opfer antisemitischer Straftaten spezialisiert haben.³⁵

7. Fazit

Ziel der hier vorgestellten Studie ist es, Erkenntnisse über die Wahrnehmung und die Wissensbestände von Polizeikräften aus verschiedenen Bereichen der Polizei in Nordrhein-Westfalen in Bezug auf jüdisches Leben und Antisemitismus zu gewinnen. Dabei wird deutlich, dass ein Bedarf an Wissen über das jüdische Leben und die aktuellen Formen des Antisemitismus formuliert wird. Als Grund für eingeschränkte Wissensbestände nennen die Befragten das Fehlen angemessener Bildungsangebote. Viele der Interviewten verknüpfen jüdisches Leben hauptsächlich mit der Verfolgung und Ermordung europäischer Jüdinnen und Juden während der Zeit des Nationalsozialismus. Über die Pluralität jüdischen Lebens der Gegenwart ist hingegen wenig bekannt. Gleichzeitig äußerten eine Vielzahl von Interviewten den Wunsch, ihr Wissen über das Judentum und jüdische Gemeinschaften zu vertiefen. Darüber hinaus zeigen die Interviews, dass bei den Befragten wenig Wissen über zeitgenössische Formen des Antisemitismus existiert, insbesondere über die Motive des israelbezogenen Antisemitismus. Nach Einschätzung vieler Interviewpersonen mangelt es insgesamt an notwendigem Wissen, um die antisemitischen Implikationen von antisemitischen Codes und Slogans einordnen zu können.

Neben den Wissensbedarfen zu jüdischem Leben und Antisemitismus sowie einer inhaltlichen Aufwertung der Polizeiausbildung, geben die Interviewaussagen Einblick in die Ausbildung sowie die institutionellen Strukturen innerhalb der Polizei. Diese Erkenntnisse beziehen sich nicht nur auf spezifische Abteilungen der Polizei, sondern adressieren die Polizei als Ganzes. Derzeit wird die polizeiliche Ausbildung überwiegend in Form von Grund-, Fort- und Weiterbildungsprogrammen durchgeführt. Hinzu kommen Wissenserwerbe

35 Interviewpersonen: A_2 und J_2.

durch die alltägliche Polizeiarbeit, z.B. Dienstanweisungen, Einsatzbesprechungen und Nachbesprechungen, Gefährdungsanalysen, Dokumentation und Fallbearbeitung. Es ist daher wichtig, die polizeiliche Ausbildung nicht nur als einen auf den Bildungsbereich beschränkten Abschnitt zu betrachten. Stattdessen sollte die polizeiliche Ausbildung als ein ganzheitliches Konzept verstanden werden (Jahn/Frommer 2024), das eine ständige Kommunikation von Werten ermöglicht und dadurch die *demokratische Resilienz* (Wagner/John 2023) stärkt. Dieser Ansatz führt nicht nur zu einer Professionalisierung der Polizeikräfte, sondern trägt darüber hinaus zur (Weiter-)Entwicklung der gesamten Organisation bei.

Die jüngsten gesellschaftlichen Polarisierungstendenzen unterstreichen die zentrale Rolle der Polizei bei der Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus. Der Aufstieg von Verschwörungsbewegungen während der Coronavirus-Pandemie und die Resonanz auf die Eskalation des Konflikts im Nahen Osten haben zu einer spürbaren Radikalisierung antisemitischer Akteure und Altersgruppen in Deutschland geführt. Dies bildet sich in einem deutlichen Anstieg antisemitischer Vorfälle – sowohl über (Deutscher Bundestag 2023) als auch unter der Schwelle der Strafbarkeit (ausführlich beschrieben vom Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (Bundesverband RIAS) 2024) – ab. Jene Entwicklungen unterstreichen die wachsenden Herausforderungen, die der alltägliche Antisemitismus für die Polizei darstellt. Um angemessen auf antisemitische Vorfälle reagieren zu können, müssen Polizeibedienstete durch Bildungs- und Präventionsmaßnahmen in die Lage versetzt werden, eine antisemitische Straftat und/oder eine antisemitische Tatmotivation zu erkennen und an die Strafverfolgungsbehörden zu übermitteln. Darüber hinaus müssen sie mit dem notwendigen Wissen ausgestattet sein, um antisemitische Bedrohungspotentiale frühzeitig zu erkennen und Betroffene von antisemitischer Agitation und Gewalt adäquat zu schützen. Die hier dargelegten Erkenntnisse weisen jedoch auf erhebliche individuelle Wissensdefizite sowie fehlende institutionelle Strukturen im Wissensmanagement hin. Die Bereitstellung von Wissensbeständen sowie die Implementierung von Aus- und Fortbildungsformaten wird es der Polizei erlauben Antisemitismus präventiv wie repressiv entgegenzutreten.

Literatur

Bergmann, Werner (2012). Deutschnationale Volkspartei. In Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in ihrer Geschichte und Gegenwart. Band 5. Organisationen, Institutionen, Bewegungen (S. 191–197). Berlin: De Gruyter.

Bernstein, Julia (2020). Antisemitismus an Schulen in Deutschland: Befunde – Analysen – Handlungsoptionen: Mit Online-Materialien. Weinheim: Beltz Verlag.

Beyer, Heiko; Rensmann, Lars; Brögeler, Hanna; Jäger, David & Schulz, Carina (2024). Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024. Zugriff am 14. Januar 2025 unter <https://www.land.nrw/media/33477/download>.

Botsch, Gideon (2021). Ein „nach rechts verzerrtes Bild“? Antisemitische Vorfälle zwischen Polizeistatistik, Monitoring und Betroffenenperspektive. NK Neue Kriminalpolitik, 33, (4), 456–473.

Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (Bundesverband RIAS) (2024). Bericht dokumentierter antisemitischer Vorfälle Zivilgesellschaftliche Dokumentation antisemitischer Vorfälle. Zugriff am 14. Januar 2025 unter https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf.

Deitelhoff, Nicole; Ackermann, Marion; Bernstein, Julia; Chernivsky, Marina; Jelavich, Peter; Möllers, Christoph & Schmelzle, Cord (2023). Abschlussbericht Gremium zur fachwissenschaftlichen Begleitung der documenta fifteen. Zugriff am 14. Januar 2025 unter https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKEwjUiJDzrs-AAxU-SvEDHURgBc0QFnoECBAQAQ&url=https%3A%2F%2Fwww.documenta.de%2Ffiles%2F230202_Abschlussbericht.pdf&usg=AOvVaw1CFVv5Argu1murEGK12B9Q&opi=89978449.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline & Brähler, Elmar (2022). Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? In Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller & Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Leipziger Autoritarismus Studie 2022 (S. 11–30). Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline & Brähler, Elmar (2024). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller & Elmar Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 29–100). Gießen: Psychosozial-Verlag.

democ. (2023). Hamas-Parolen und Ausschreitungen bei antiisraelischen Protesten in Berlin. 15. Oktober 2023. Zugriff am 14. Januar 2025 unter <https://democ.de/artikel/hamas-parolen-und-ausschreitungen-bei-antiisraelischen-protesten-in-berlin/>.

Deutsche Hochschule der Polizei (2024). MEGAVO-Studie Projektbericht 2021–2024. Zugriff am 14. Januar 2025 unter https://www.polizeistudie.de/wp-content/uploads/Abschlussbericht_MEGAVO.pdf.

Deutscher Bundestag, Parlamentsnachrichten (2023). Antisemitische Straftaten im dritten Quartal 2023: Drucksache 20/8964. Zugriff am 14. Januar 2025 unter <https://dserver.bundestag.de/btd/20/089/2008964.pdf>.

European Commission (2017). Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Zugriff am 14. Januar 2025 unter https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition_Handbuch.pdf.

Frommer, Jana-Andrea & Jahn, Sarah Jadwiga (2023). Das Problem heißt „Antisemitismus“. Herausforderungen für die Polizeiarbeit und Polizeibildung in Deutschland. *SIAC-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis* (4), 91–103.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2023). Israelfeindliche Demonstration in Frankfurt verboten. *FaZ*, 20. Oktober 2023. Zugriff am 14. Januar 2025 unter <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/israelfeindliche-demonstration-in-frankfurt-verboten-19257873.html>.

Giesel, Linda & Borchert, Jens (2024). *Der Rechtsstaat im Kampf gegen Antisemitismus Perspektiven auf Polizei, Justiz und Strafvollzug*. Weinheim: Beltz Juventa.

Grimm, Marc; Jahn, Sarah Jadwiga; Frommer, Jana-Andrea & Baier, Jakob (2024). Wahrnehmungen von Antisemitismus und jüdischem Leben bei der Polizei. Eine Interviewstudie bei der Landespolizei Nordrhein-Westfalen. EMPATHIA³ Working Paper Series 1. <https://doi.org/10.46586/E3.300>

Grimm, Marc & Müller, Stefan (Hrsg.) (2020). Bildung gegen Antisemitismus. Spannungsfelder der Aufklärung. Frankfurt a. M.: Wochenschau Verlag.

Groß, Eva; Häfele, Joachim; Bertram, Fee-Elisabeth & Kliem, Sören (2024). Forschungsbericht. Jüdisches Leben und Alltag in Hamburg – LeAH. Zugriff am 14. Januar 2025 unter <https://akademie-der-polizei.hamburg.de/resource/blob/943818/b9b831b5ba3ba670e8edaf928d1ae899/forschungsbericht-leah-do-data.pdf>.

Holz, Klaus & Haury, Thomas (2021). Antisemitismus gegen Israel. Hamburg: Hamburger Edition.

Hunold, Daniela & Singelnstein Tobias (Hrsg.) (2022). Rassismus in der Polizei. Eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme. Wiesbaden: Springer VS.

International Holocaust Remembrance Alliance (2016). Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Zugriff am 14. Januar 2025 unter <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>.

Jahn, Sarah Jadwiga & Frommer, Jana-Andrea (Hrsg.) (2024). Antisemitismusprävention durch ethisch-politische Bildung der Polizei. Perspektiven von Polizei, Zivilgesellschaft und Wissenschaft auf den Schutz jüdischen Lebens und Demokratie. Wiesbaden: Springer.

Jahn, Sarah Jadwiga & Peters, Annalena (2024). „Antisemitismus“ als Gegenstand polizeilicher Lehre? Ergebnisse einer qualitativen Inhaltsanalyse von Dokumenten und Interviews. In Sarah Jadwiga Jahn & Jana-Andrea Frommer (Hrsg.), Antisemitismusprävention durch ethisch-politische Bildung der Polizei. Perspektiven von Polizei, Zivilgesellschaft und Wissenschaft auf den Schutz jüdischen Lebens und Demokratie (S. S. 43–60). Wiesbaden: Springer.

Jahn, Sarah Jadwiga (2023). „Die Pizza“ und „der Antisemitismus“. Antisemitismusprävention als Handlungsfeld in der Polizeiausbildung. Eine Projektvorstellung. In Polizeiakademie Niedersachsen (Hrsg.), Forschung, Bildung, Praxis im gesellschaftlichen Diskurs (S. 84–95). Frankfurt a. M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.

Jaschke, Hans-Gerd (1996). Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei der Polizei – Expertise im Auftrag der Polizei-Führungsakademie (Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie). Lübeck: Polizei-Führungsakademie.

John, Emanuel & Wagner, Johanna (Hrsg.) (2023). Polizei.Wissen. Demokratische Resilienz für die Polizei, 7 (1)/2023.

Kampling, Rainer (2010). Antijudaismus. In Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 3: Begriffe, Theorien, Ideologien (S. 11–13). Berlin: Walter de Gruyter.

Keller-Kemmerer, Nina & Löbrich, Nike (2024). Antisemitismuskritik vor Gericht: Die Paradoxie der Normalisierung jüdenfeindlicher Ressentiments. ASJust Working Paper 2.

Kopke, Christoph (2019). Polizei und Rechtsextremismus. Zugriff am 14. Januar 2025 unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/291189/polizei-und-rechtsextremismus/>.

Krell, Claudia, & Lamnek, Siegfried (2016). Qualitative Sozialforschung. Weinheim: Beltz Verlag.

Kuckartz, Udo (2014). Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung (2. Aufl.). Weinheim: Beltz Juventa.

Küpper, Beate; Andreas Zick & Rump, Maike (2021). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21. In Andreas Zick & Beate Küpper (Hrsg.), Die geforderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21 (S. 75–111). Bonn: Dietz.

Lembke, Ulrike (2024). Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am 15. Januar 2024 zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU: „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches zur Bekämpfung von Antisemitismus, Terror, Hass und Hetze“. In BT-Drucksache 20/9310. Zugriff am 14. Januar 2025 unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/988154/d426cab692639720f0c16b7f7ee24942/Stellungnahme-Lembke.pdf>.

Lindner, Marita (2001). Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt. Meinungen und Einstellungen von Auszubildenden der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen – Ergebnisse einer empirischen Studie. Hamburg: Verlag Dr. Kovač.

Misoch, Sabina (2019). Qualitative Interviews (2. erweiterte und aktualisierte Auflage). München: De Gruyter.

Niemz, Johannes & Singelstein, Tobias (2022). Racial Profiling als polizeiliche Praxis. In Daniel Hunold & Tobias Singelstein (Hrsg.), Rassismus in der Polizei. Eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme (S. 337–358). Wiesbaden: Springer VS.

Nirenberg, David (2015). Antijudaismus. Eine andere Geschichte des westlichen Denkens. München: Verlag C.H.Beck.

Öztürk, Cemal & Pickel, Gert (2022). Der Antisemitismus der Anderen: Für eine differenzierte Betrachtung antisemitischer Einstellungen unter Muslim:innen in Deutschland. Zeitschrift für Gesellschaft, Religion und Politik, (6), 189–231.

Pfahl-Traugher, Armin (2019). Rechtsextremismus in Deutschland: Eine kritische Bestandsaufnahme. Wiesbaden: VS Verlag.

Rensmann, Lars (2022). Das Phantasma der Weltverschwörung: Konspirationsmythen und Antisemitismus in Zeiten von globaler Demokratie- und Coronakrise. In Julia Bernstein, Marc Grimm & Stefan Müller (Hrsg.), Schule als Spiegel der Gesellschaft (S. 105–29). Frankfurt a.M.: Wochenschau Verlag.

Sadowski, Dirk (2023). Zusammenfassung, in: Darstellungen der jüdischen Geschichte, Kultur und Religion in Schulbüchern des Landes Nordrhein-Westfalen. Abschlussbericht (Januar 2023) (S. 434–462). Leibniz-Institut für Bildungsmedien | Georg-Eckert-Institut (GEI). Zugriff am 14. Januar 2025 unter https://www.schulministerium.nrw/system/files/media/document/file/darstellung_juedische_geschichte_kultur_religion_schulbuecher_nrw_abschlussbericht_gei_januar_2023.pdf

Salzborn, Samuel (2018). *Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne*. Weinheim: Beltz Juventa.

Schakat, Anne-Sophie (2023). Vereinzelt Pyrotechnik und israelfeindliche Parolen: Rund 11.000 Menschen versammeln sich zu Pro-Palästina-Demo in Kreuzberg. *Tagesspiegel*, 28. Oktober 2023. Zugriff am 14. Januar 2025 unter <https://www.tagesspiegel.de/berlin/ver-einzelt-pyrotechnik-und-israelfeindliche-parolen-rund-11000-menschen-versammeln-sich-zu-pro-palastina-demo-in-kreuzberg-10698877.html>.

Schubert, Kai E. (Hrsg.) (2022). *Gesellschaftliche Spaltungstendenzen als Herausforderung. Beiträge zur Theorie und Praxis zeitgemäßer politischer Bildung für die und in der Polizei*. Frankfurt a. M.: Verlag für Polizeiwissenschaften.

Sosada, Johannes (2022). Weltverschwörungsphantasien und Israelbild während der Corona-Pandemie. In Julia Bernstein, Marc Grimm & Stefan Müller (Hrsg.), *Schule als Spiegel der Gesellschaft* (S. 130–146). Frankfurt a. M.: Wochenschau Verlag.

Zeit Online (2023). Polizei ermittelt nach Demo in Essen wegen Volksverhetzung. *Zeit Online*, 6. November 2023. Zugriff am 14. Januar 2025 unter <https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-11/demo-essen-polizei-volksverhetzung-nrw-faeser>.

Zick, Andreas (2021). Herabwürdigungen und Respekt gegenüber Gruppen in der Mitte. In Andreas Zick & Beate Küppers (Hrsg.), *Die geforderte Mitte Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter (S. 181–212). Bonn: Verlag J.H.W. Dietz.

Autor:innen:

Dr. Jakob Baier forscht am Zentrum für Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter (ZPI) der Universität Bielefeld zu Antisemitismus der Gegenwart mit einem Schwerpunkt auf Antisemitismus in der Kulturproduktion. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter im BMBF-Verbundforschungsprojekt EMPATHIA³ verantwortet er gemeinsam mit Marc Grimm außerdem das Teilkapitel zu Antisemitismus im Kerncurriculum zur Antisemitismusprävention und -repression (KAP) für die Ausbildung künftiger Polizist/-innen und Lehrer/-innen.

Vertr.-Prof. Dr. Marc Grimm vertritt aktuell die Professur für die Didaktik der Sozialwissenschaften an der Bergischen Universität Wuppertal. Zur Bildung gegen Antisemitismus hat er diverse Forschungsprojekte geleitet und Publikationen zum Themenbereich vorgelegt. Er ist Mitherausgeber der Reihe „Antisemitismus und Bildung“ im Wochenschau Verlag und leitet das Bielefelder Teilprojekt „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung zu aktuellem Antisemitismus in jugendlichen Milieus und zu Einstellungen bei Polizist*innen“ des BMBF-Verbundforschungsprojekts EMPATHIA³.

Dr. Sarah Jadwiga Jahn ist hauptamtliche Dozentin für Ethik und Interkulturelle Kompetenz an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus ist Jahn Sprecherin des Instituts für Geschichte und Ethik der Polizei und öffentlichen Verwaltung (IGE). Ihre Forschungsschwerpunkte betreffen Fragen der Regulierung von Re-

ligion in öffentlichen Einrichtungen (Kommune, Polizei, Schule, Strafvollzug). Im BMBF-Verbundforschungsprojekt EMPATHIA³ verantwortet Jahn das Teilprojekt zur Verortung von Antisemitismus in der Polizeiausbildung am Beispiel des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.

Jana-Andrea Frommer, Kultur- und Sozialpsychologin M. A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt EMPATHIA³ und nebenamtliche Dozentin für Berufsrollenreflexion an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen. Daneben begleitet sie studentische Forschungsprojekte zum Thema „jüdische Perspektiven sichtbar machen“ an der Ruhr-Universität Bochum. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf Polizei und Sicherheit u. a. im Kontext Flucht, Migration und Antisemitismus. Im BMBF-Verbundforschungsprojekt EMPATHIA³ beschäftigt sie sich vor allem mit den Themen Empathie, Professionalität und Wissenstransfer.

